

REGARDS

WELTKLIMAPOLITIK

Endstation Lima

Raymond Klein

Wie schlimm die Folgen der Erderwärmung sein könnten, wie schwach die politischen Maßnahmen gegen sie bisher ausfallen und warum man beim Klimaschutz nicht an der Frage nach dem Wirtschaftssystem vorbeikommt.

Ein kleiner Saint-Emilion zum Hauptmenü, vielleicht noch ein Loupiac dazu ... Oder doch lieber nicht. Wer Jorgen Randers Buch „2052“ gelesen hat (woxx 1241), wird für die Feiertage vor einem Dilemma stehen. Der Zukunftsforscher empfiehlt nämlich: „Wenn Ihnen die Vielfalt des Lebens am Herzen liegt, genießen Sie sie, solange Sie noch können.“ Aber ein paar Seiten vorher hat er uns eingeschärft: „Vermeiden Sie eine Vorliebe für Dinge, die bald verschwunden sein werden.“ Und Bordeauxwein wird bald - in den kommenden Jahrzehnten - verschwinden oder unerschwinglich teuer werden. Man muss sich entscheiden, ob man ihn bis zuletzt genießen möchte oder gleich damit anfängt, ihn sich abzugewöhnen.

Laut einer Studie der US-amerikanischen Bren School dürften infolge des Klimawandels bis 2050 die für Weinbau geeigneten Flächen im Mittelmeerraum um 68 Prozent zurückgehen - Anbauggebiete wie die Gegend um Bordeaux, das Rhône-Tal und die Toskana würden quasi von der Karte verschwinden. Bereits jetzt reifen die Trauben schneller, der Alkoholgehalt steigt, was den Geschmack verändert - entstellt, würden Liebhaber sagen. Es besteht also Hoffnung,

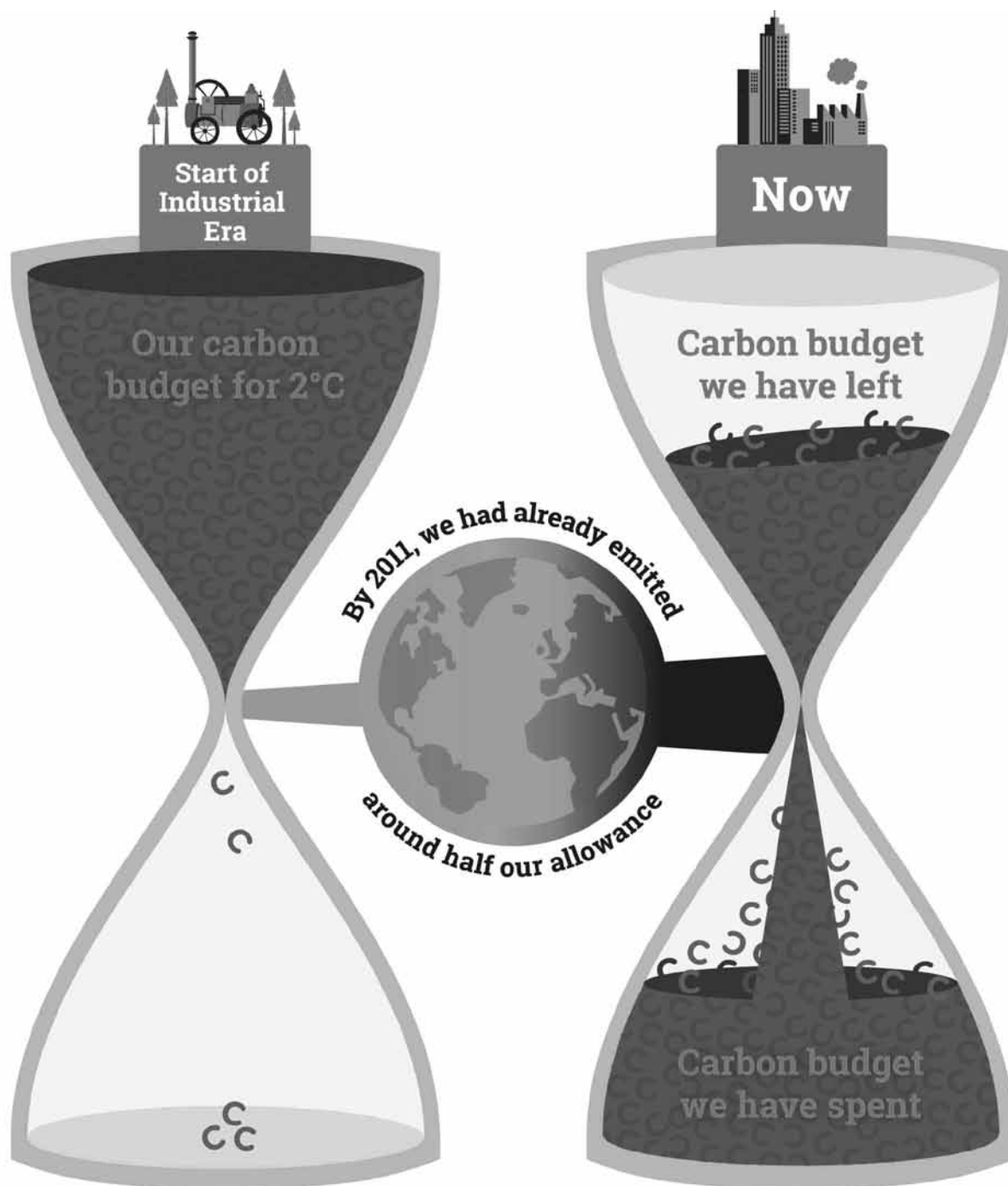
dass die Botschaft auch in die Chefetagen von Wirtschaft und Politik dringt: Der Klimawandel wird, wie es im jüngsten Bericht des Weltklimarats IPCC heißt, „einen schwerwiegenden, weitverbreiteten und unumkehrbaren Impact auf Mensch und Umwelt“ haben.

Machbar und kostengünstig

Als erste betroffen vom Anstieg des Meeresspiegels und anderen Folgen des Klimawandels werden aber „die in den unteren Etagen“ sein. Für Städte wie Lagos und Kolkata (Kalkutta) wäre der Anstieg des Meeresspiegels um etwa 50 Zentimeter bis 2100 katastrophal. Der erwähnte Bericht sagt für das Business-as-usual-Szenario auch einen Temperaturanstieg um bis zu vier Grad voraus, was insbesondere den Nahrungsanbau in den Steppengebieten weiter erschweren würde. In dem im März veröffentlichten Bericht „Hot and hungry“ führt die NGO Oxfam Beispiele für den Impact des Klimawandels auf die Ernährungslage an. Extreme Wetterereignisse wie der Taifun Haiyan, der durch die Zerstörung von Booten und Korallenriffen die Fischerei auf den Philippinen dauerhaft geschädigt hat, werden immer häufiger. Doch auch kleine Veränderungen der Temperaturen oder der Niederschlagsmengen können einen dramatischen Effekt auf die Landwirtschaft haben, warnt Oxfam. Hinzu kommt, dass die ärmeren Länder über weniger materielle und strukturelle Mittel verfü-



Dieses Budget-Defizit ist tödlich. Die jetzt vorliegenden Klimaschutz-Selbstverpflichtungen führen dazu, dass das Karbon-Budget überschritten wird - der untere Kolben der Sanduhr läuft über, das Klima kippt.



GRAFIK: UNIVERSITY OF CAMBRIDGE, PROGRAM FOR SUSTAINABILITY AND LEADERSHIP

gen, um mit solchen Veränderungen fertigzuwerden.

Zum Beginn der Klimakonferenz in Lima (1. bis 12. Dezember) gibt es allerdings positive Schlagzeilen: Klimaschutz ist laut IPCC technisch machbar und kostengünstig, China und die USA haben neue, „historische“ CO₂-Emissionsziele vereinbart, und der Bericht der Calderon-Kommission enthält das Versprechen, dass Klimapolitik zu mehr, nicht weniger Wachstum führt. Sind die Sorgen also unbegründet, wird in Lima ein neues, effektives Klimaschutzabkommen vorbereitet, das nächstes Jahr in Paris unterzeichnet werden kann? Oder ist das alles nur Schönrederei?

Dass eine Senkung der CO₂-Emissionen machbar ist, daran gibt es keinen Zweifel. Doch an der Frage, wie viel davon notwendig ist, scheiden sich bereits die Geister. Um die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, müsste man laut IPCC den historischen Gesamtausstoß an Kohlenstoffmasse auf 1.000 Gigatonnen beschränken - Karbon-Budget genannt. Über die Hälfte davon wurde bereits in der Vergangenheit freigesetzt - größtenteils von den „alten“ Industrienationen. Was bleibt, reicht für etliche Jahrzehnte, bevor wir uns auf eine karbonfreie Wirtschaft umstellen müssen. Doch Kritiker bemängeln, dass der Weltklimarat von optimistischen Hypothesen ausgeht: keine umfassende Schmelze von Polar- und Gletschereis, keine massive Freisetzung von Methan aus den Permafrostböden vor Ende des Jahrhunderts. Au-

ßerdem beziehen sich die Zahlen des IPCC auf Wahrscheinlichkeitsrechnungen: Wollen wir das Risiko, dass es zu katastrophalen Klimaveränderungen kommt, vermindern, so müssen wir den CO₂-Ausstoß stärker und schneller senken.

Schneller? Der EU-Gipfel im Oktober hat sich darauf geeinigt, am 40-Prozent-Reduktionsziel für 2030 festzuhalten, dafür aber die Vorgaben für den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz zu senken. Eine Entscheidung, die es sicher nicht einfacher macht, das angestrebte Near-Zero-Emission-Ziel zügig zu erreichen. Klimapolitische Leadership kann die EU nur beanspruchen, weil die Ankündigungen der anderen Akteure beim genauen Hinsehen noch bescheidener sind: China hat sich erstmalig auf eine Begrenzung seines CO₂-Ausstoßes eingelassen, spätestens

ab 2030 sollen die Emissionen sinken. Auf welches Niveau sie bis dahin ansteigen und wie schnell sie sinken, bleibt im Dunkeln. Auch die parallel angekündigte US-Selbstverpflichtung, den Ausstoß bis 2025 um mindestens 26 Prozent zu senken, klingt nach mehr, als sie wirklich enthält. Das in ihr angesetzte Referenzjahr ist 2005; nimmt man als Referenzjahr 1990, wie es die EU tut, so handelt es sich um eine Reduktion um schwache 14 Prozent.

Lügen nach Zahlen

Schwach, denn rechnet man weltweit die Zusagen dieser Art zusammen, so stellt man fest, dass das - sowieso unzureichende - Karbon-Budget überschritten wird. Doch solche Verpflichtungen sind das Beste, worauf man sich beim „Klimagipfel der letzten Chance“ 2009 in Kopenha-

gen verständigen konnte. Und für 2015 wird nicht einmal mehr etwas weiter Gehendes als freiwillige Zusagen angestrebt. Anders als in Kopenhagen werden in Paris die Verhandlungen vermutlich mit einem Erfolg enden - der eigentlich ein Scheitern der Weltklimapolitik darstellt.

Möglich auch, dass es doch noch zum Clash kommt. Zum Beispiel, wenn die alten Industriestaaten versuchen, die Verantwortung für das Karbon-Budget-Defizit auf die Schwellen- und Entwicklungsländer zu schieben. Zwar ist heute China der größte Emittent, doch wenn man die Pro-Kopf-Emissionen nimmt, liegt das Land nur im Mittelfeld. Die Forderung nach Klimagerechtigkeit, die von zahlreichen NGOs vertreten wird, meint genau das: Die Industriestaaten können sich nicht mit dem Verweis auf ihre Emissionssenkungen entspannt zurücklehnen, sie schulden der gan-

WOXX ABO

6 Wochen gratis / gratuit pendant 6 semaines



dat anert abonnement / l'autre abonnement
 Tel.: 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79 • abo@woxx.lu

So funktioniert es:

Ich fülle das untenstehende Bestellformular aus und schicke es frankiert per Post ein. Die woxx wird mir anschließend während sechs Wochen gratis zugestellt. Nach vier Wochen erhalte ich eine Zahlungsaufforderung für ein reguläres woxx-Jahresabo. Wenn ich dieser Aufforderung nicht innerhalb zwei Wochen nachkomme, läuft das Abo - ohne weitere Verpflichtungen meinerseits - automatisch aus.

Ja, ich will das woxx-Testabo ab der nächsten Ausgabe erhalten.
 Oui, je veux recevoir l'abo-test woxx à partir de la prochaine édition.

Name / Nom :
 Vorname / Prénom :
 Straße + Nr. / Rue + No :
 Postleitzahl / Code postal :
 Ort / Lieu :
 E-Mail / Courriel :
 den / le / /
 Unterschrift / Signature :

Dieses Angebot gilt nur für Nicht-AbonentInnen und für Adressen in Luxemburg.
 Offre uniquement valable pour des non-abonnéEs et pour des adresses au Luxembourg.

Bitte ausgefüllt einsenden an:
 Prière de remplir et d'envoyer à :
 woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg.

Weitere Infos / Pour plus d'informations : www.woxx.lu

THEMA



FOTO: FLICKR / STEFAN LINS

Als erstes Land vom Untergang bedroht: der Inselstaat Tuvalu. Der Rest wird folgen.

zen Welt eine Sonderleistung. Einerseits weil ihr Pro-Kopf-Ausstoß noch immer weit über dem aller anderen liegt - Luxemburg ist dabei Spitzenreiter -, andererseits, weil ihr Wohlstand, das Niveau ihrer Infrastruktur und ihr technologischer Vorsprung 150 Jahren rücksichtsloser Vermüllung der Atmosphäre zu verdanken ist.

Doch das Problem der Klimapolitik ist kein rein quantitatives, es ist auch die Herangehensweise, die ein Scheitern wahrscheinlich macht. Immer noch appellieren die UmweltministerInnen von Luxemburg bis China an die Individuen, verantwortlich zu handeln - so, als ob ohne Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, nur durch Gutmenschentum, die Erderwärmung zu stoppen sei. Und: Obwohl der EU-Emissionshandel bisher nur Pannen und Pleiten hervorgebracht hat, besteht ein breiter Konsens, möglichst stark auf Marktmechanismen zurückzugreifen, um Klimapolitik zu betreiben.

Im System gefangen

Auf solchen Überlegungen gründen Naomi Kleins Zweifel, ob es überhaupt möglich ist, einen gefährlichen Temperaturanstieg zu vermeiden, ohne das Wirtschaftssystem in Frage zu stellen - dass ihr Buch „This Changes Everything: Capitalism vs. the Climate“ ein Bestseller geworden ist (woxx 1287), zeigt, dass diesen Zweifel viele hegen. Versuche, Klimaschutz mit Wachstum zu verknüpfen, werden zu falschen Entscheidungen

führen, zum Beispiel dazu, auf unsichere Technologien wie „Carbon capture and storage“ (CCS) zu setzen statt auf Emissionsenkung. Und ein System, das die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht nachhaltig vermindert, ist kaum geeignet, für eine faire Lastenverteilung beim Klimaschutz zu sorgen. Zu einer solchen würde natürlich auch ein massiver Geld- und Wissenstransfer in Richtung Süden gehören - also etwas, das mit der Logik von Finanzkapitalismus und intellektuellem Besitzrecht nicht vereinbar ist.

Unklar ist aber, ob ein „unfares“ Szenario den Klimawandel auf Dauer verhindern kann. Zwar könnten die mächtigen Staaten und Ländergruppen den ohnmächtigen ihre Lösungen aufzwingen, zum Beispiel Ökoautos im Norden und Fahrräder im Süden, grüner Energie Wohlstand im Norden und „Energiegenügsamkeit“ im Süden. Doch Hunger und Not würden Migrationsdruck und Kriegsrisiko erhöhen. Damit würde mittelfristig der Spielraum für globale Zusammenarbeit enger und die Motivation für die einzelnen Länder, sich am Klimaschutz zu beteiligen statt reine Eigeninteressen zu verfolgen, geringer werden. Und für einen zweiten Anlauf bliebe keine Zeit mehr.